

Nr. 18/1335

Fragestunde

1. Ausstattung der Polizei bei Terrorgefahr
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. März 2015
2. Kostenbeteiligung bei gewinnorientierten Großveranstaltungen
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. März 2015
3. Präventionsprojekt „Kein Täter werden“
Anfrage der Abgeordneten Gabriela Piontkowski, Wilhelm Hinners, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. März 2015

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

4. Länderübergreifende Spezialeinheit zur Steuerprüfung großer Konzerne und Steuerzahler?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. März 2015

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

5. Verbreitung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. März 2015
6. Telefonieren mit Voice-over-IP – Probleme bei der Umstellung auf Internettelefonie
Anfrage der Abgeordneten Sarah Ryglewski, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 18. März 2015
7. Qualifizierte Leichenschau
Anfrage der Abgeordneten Gabriela Piontkowski, Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 18. März 2015
8. Entwicklung der Anzahl der Mitarbeiter der Polizei in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. März 2015
9. Blockupy Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 19. März 2015
10. Missbrauch von Laserpointern
Anfrage des Abgeordneten Dr. Martin Korol und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 19. März 2015

11. Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus Syrien und Irak
Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 25. März 2015
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
12. Ausweisung eines Landschaftsschutzgebietes „In den Plättern“ in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Frank Schildt, Wolfgang Jägers, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 26. März 2015
13. Justizvollzug
Anfrage des Abgeordneten Dr. Martin Korol und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 27. März 2015
14. Freies WLAN für alle
Anfrage der Abgeordneten Carsten Werner, Mustafa Öztürk, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. März 2015
15. Unterbringung von Flüchtlingen in Einzelwohnungen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 13. April 2015
16. Schusswaffen im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 13. April 2015
17. Vollzug der Ausreisepflicht
Anfrage des Abgeordneten Dr. Martin Korol und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 13. April 2015
18. Anwendung des Waffengesetzes im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 13. April 2015
19. Offene Haftbefehle im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 13. April 2015
20. Nationale Projekte des Städtebaus
Anfrage der Abgeordneten Carsten Werner, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. April 2015
21. Personalplanung für die Vollzugsabteilung 26 (JVA Bremerhaven)
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 16. April 2015
22. Wahlinformationsveranstaltungen ohne BÜRGER IN WUT
Anfrage des Abgeordneten Dr. Martin Korol und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 16. April 2015

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 18/1336

Bericht und Antrag des Ausschusses zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung vom 14. April 2015

(Drucksache [18/1815](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung Kenntnis.

Nr. 18/1337

Fit für die Vergabe

Mitteilung des Senats vom 27. Januar 2015
(Drucksache [18/1719](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1338

Passgenaue Ausbildungsgänge in der Kultur- und Kreativwirtschaft schaffen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. Januar 2015
(Drucksache [18/1723](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass die Novellierung von Ausbildungsberufen so gestaltet wird, dass auch in sich schnell wandelnden und wachsenden Branchen wie der KKW ausreichend schnell passgenaue, anerkannte Ausbildungen entstehen können. Wie beispielsweise bei der Neuordnung der Metallberufe, sollten Ausbildungsgänge dabei so gestaltet werden, dass sie eine breite Basisqualifikation mit anschließender Spezialisierung ermöglichen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf zu prüfen, wie an das erfolgreiche Modellprojekt „Crossmediales Ausbildungsmarketing für die Kultur- und Freizeitwirtschaft Bremen (AusKuK)“ in Kooperation mit Branchenvertretungen und Unternehmen für die künftige Entwicklung des bremischen Ausbildungsmarkts und insbesondere die Gewinnung von Ausbildungsplätzen in der KKW angeknüpft werden kann.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf zu prüfen, inwiefern die Potenziale der KKW für die Beschäftigung und Ausbildung junger Menschen mit spezifischen Begabungen genutzt werden können, um Jugendlichen, die z. B. über selbst erworbenes Know-how im IT-Bereich, Kunstsparten oder Kulturbetrieben oder der Gastronomie verfügen, einen Einstieg in Beschäftigung und Ausbildung zu ermöglichen. Darüber hinaus müssen Angebote entwickelt werden, die Studienabbrecherinnen/Studienabbrecher und Betriebe motivieren, abschlussbezogene berufliche Qualifikationen zu erwerben bzw. anzubieten.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen der mit Blick auf die Ausbildungsplatzgarantie geplanten Programme „Chance betrieblicher Ausbildung“, „Partnerschaftliche Ausbildung“ und „Ausbildungsdienstleistungen für Netzwerke“ einen Teil des Angebots für Ausbildungen in der KKW zu reservieren.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, Verantwortung und Kompetenz der kreativwirtschaftlichen Unternehmen und deren Nachwuchses für die Ausbildung stärker zu nutzen und in einem Branchendialog die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Chancen und den Bedarf der KKW auszuloten, um sie effektiver zu nutzen bzw. zu decken. Über die genannten Angebote hinaus sollen Instrumente entwickelt werden, mit denen Unternehmen der KKW vermehrt als Ausbildungsbetriebe gewonnen werden können.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat darzustellen,
 - in welche Tätigkeiten in KKW-Betrieben, Kultureinrichtungen, weiteren Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen die kultur- und kreativwirtschaftlichen Studiengänge im Land Bremen sowie die Abschlüsse der dualen Ausbildungen münden können.
 - welche Angebote und Maßnahmen bestehen oder geschaffen werden können, Absolventinnen und Absolventen als Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer, Selbstständige und Freiberuflerinnen/Freiberufler am Standort zu halten. Dazu gehören:
 - eine Spezifizierung der Gründungsförderung und von Weiterbildungsangeboten,

- ein Ausbau kooperativer Infrastruktur für die KKW,
- Maßnahmen zur familienfreundlichen Arbeit unter den besonderen Bedingungen in Kultur und KKW,
- Projekte zum Übergang aus der dualen Ausbildung und den Hochschulen in Wirtschaft, Kultur oder Verwaltung für qualifizierte Absolventinnen und Absolventen.

Nr. 18/1339

Facebook-Fahndung einführen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Januar 2012
(Drucksache [18/199](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1340

Facebook-Fahndung einführen

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres und Sport
vom 3. Februar 2015
(Drucksache [18/1725](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres und Sport Kenntnis.

Nr. 18/1341

Die erfreuliche Geburtensteigerung in Bremen durch Investitionen in Kreißsäle unterstützen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Februar 2015
(Drucksache [18/1732](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1342

Geburtshilfe im Rahmen der Landeskrankenhausplanung mit Niedersachsen weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 17. März 2015
(Drucksache [18/1789](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- im Rahmen einer gemeinsamen Krankenhausplanung mit Niedersachsen darauf hinzuwirken, dass Niedersachsen aufgrund der großen Anzahl von niedersächsischen Schwangeren, die ihre Kinder in Bremer Kliniken zur Welt bringen, einen Teil der notwendigen Investitionen in die klinische Geburtshilfe mit übernimmt;
- ein System zu entwickeln, das zu einem besseren Ausgleich der Auslastung vorhandener Kapazitäten zwischen den geburtshilflichen Häusern in Bremen führt;
- die Kliniken dabei zu unterstützen, die Empfehlungen des Bündnisses zur Unterstützung der natürlichen Geburt umzusetzen;
- zu prüfen, inwieweit das erfolgreiche Konzept des hebammengeleiteten Kreißsaals in Bremerhaven auch in Bremen umgesetzt werden kann;

- sich bundesweit für die Stärkung der freiberuflichen Hebammen u. a. durch eine Überprüfung einschränkender Voraussetzungen zur Kostenübernahme von Hausgeburten durch die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) einzusetzen.

Nr. 18/1343

Grundgesetz achten, Glaubens- und Bekenntnisfreiheit respektieren!

Antrag (Entschließung) der Gruppe BÜRGER IN WUT
vom 16. Februar 2015
(Drucksache [18/1743](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 18/1344

Evaluierung der Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 18. Legislaturperiode vom 10. Juli 2012

Mitteilung des Senats vom 13. Januar 2015
(Drucksache [18/1699](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1345

Gesetz über Versammlungen im Land Bremen (BremVersG)

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Februar 2015
(Drucksache [18/1730](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 18/1346

Werden unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bremen ausreichend versorgt?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 10. Februar 2015
(Drucksache [18/1731](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. April 2015

(Drucksache [18/1807](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1347

Versprechen des Bürgermeisters einlösen – Geschlossene Unterbringung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge endlich schaffen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. April 2015
(Drucksache [18/1828](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1348

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. April 2015
(Drucksache [18/1838](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich in Kooperation mit anderen Bundesländern für die bundesweite Umverteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Anlehnung an den sogenannten Königsteiner Schlüssel einzusetzen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Initiative des Senats, in der bestehenden intensivpädagogischen Einrichtung in Bremen die Kapazität von max. acht Plätzen plus zwei externe Plätze auszulasten.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die bestehende Planung des Senats zur Schaffung einer weiteren intensivpädagogischen Einrichtung mit fakultativ geschlossenen Plätzen. Diese Einrichtung soll gewährleisten, dass Jugendhilfeleistungen der intensiven pädagogischen und therapeutischen Arbeit mit freiheitsentziehenden Maßnahmen im Einzelfall nach richterlichem Beschluss verbunden werden. Eine Aufnahme in eine solche Einrichtung soll nach § 34 SGB VIII in Verbindung mit § 1631b BGB nach Antragstellung der Personensorgeberechtigten und nach Genehmigung des Familiengerichts oder als Maßnahme der Haftvermeidung durch Beschluss des Jugendgerichts (§ 72 Abs. 1 JGG) erfolgen. Die Bürgerschaft (Landtag) erachtet eine solche Einrichtung als notwendig und bittet den Senat, die dafür erforderlichen Maßnahmen umzusetzen.

Nr. 18/1349

Was genau hat die Bürgerschaft mit der Aufnahme der „Schuldenbremse“ in die Landesverfassung eigentlich beschlossen?

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 12. Februar 2015
(Drucksache [18/1740](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 24. März 2015

(Drucksache [18/1798](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1350

Senat muss Bundesratsinitiative des Freistaats Bayern zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wagniskapital und Gründer beitreten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Februar 2015
(Drucksache [18/1749](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1351

Elektronische Fußfesseln zur Überwachung islamistischer Gefährder

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Februar 2015
(Drucksache [18/1750](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1352

Volksfeste bewahren – Bestandsschutz für ältere Fahrgeschäfte

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. April 2015

(Neufassung der Drucksache [18/1756](#)) vom 19. Februar 2015)

(Drucksache [18/1830](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

1. Volksfeste und Märkte haben im Land Bremen, nicht zuletzt mit dem Freimarkt eine jahrhundertealte Tradition und gehören zum kulturellen Erbe der beiden Städte Bremen und Bremerhaven. Freimarkt, Osterwiese und die Weihnachtsmärkte, mit jährlich mehr als acht Millionen Besuchern, sind zudem überregional bedeutsame touristische Attraktionen. Die bisherigen Besucherzahlen der Volksfeste und Märkte haben die Erwartungen erfüllt.
2. Die Attraktivität der Volksfeste und Märkte hängt eng mit der richtigen Mischung aus großen, kleinen, klassischen und modernen Fahrgeschäften und Unterhaltungsbetrieben zusammen. Die Familienfreundlichkeit der Volksfeste und Märkte soll genauso erhalten bleiben wie der hanseatisch-maritime Charakter des Freimarkts. Daneben sind die Standorte der Volksfeste und Märkte für deren Attraktivität maßgeblich entscheidend. Bei den Werbe- und Marketingmaßnahmen muss dies berücksichtigt werden. Die von der Stadtbürgerschaft 1999 beschlossenen Flächen sollen erhalten bleiben und gegebenenfalls attraktiver ausgestaltet werden.
3. Das bestehende Sicherheitskonzept für die Volksfeste und Märkte hat sich bewährt und soll, auch mit Hinblick auf die Attraktivität der Veranstaltungen und der Regelungen vergleichbarer Veranstaltungen in anderen Städten, laufend überprüft und angepasst werden.
4. Die meisten der derzeit im Betrieb befindlichen Anlagen sind nach alter Norm gefertigt und genehmigt. Deren Betreiber befürchten durch den Wegfall des Bestandsschutzes und die dadurch erforderlichen Erneuerungen der Ausführungsgenehmigung nach der neuen DIN-Norm sehr hohe finanzielle Belastungen. Der wirtschaftliche Betrieb kleiner und älterer Fahrgeschäfte, der in vielen Fällen eng mit der Fortführung des Schaustellergewerbes verbunden ist, steht damit infrage.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. im Rahmen der Bundesbauministerkonferenz eine bundeseinheitliche Regelung abzustimmen, die die rechtliche Voraussetzung für den Bestandsschutz alter Anlagen sicherstellt, sofern keine neuerlichen Gefahrenmomente entdeckt werden und die Betriebssicherheit auch weiterhin gewährleistet ist. Technische Prüfungen und sonstige Auflagen sind auch weiterhin vorzunehmen;
2. die landesrechtlichen Normen dementsprechend anzupassen;
3. die Berücksichtigung der Verbände im Rahmen der Betreuungs- und Zulassungsverfahren des Veranstalters zu überprüfen und gegebenenfalls zu optimieren. Der Fachverstand von Vertretern der Schaustellerverbände ist für die Attraktivität der Märkte unerlässlich. Die führende Stellung des Weihnachtsmarktes und Freimarktes im Bundesvergleich muss erhalten bleiben.
4. die Neuregelungen im Bereich Werbung/Marketing nach einem Jahr zu evaluieren und der Bürgerschaft (Landtag) das Ergebnis der Evaluierung mitzuteilen;
5. der Bürgerschaft (Landtag) über das Ergebnis seiner Bemühungen zu berichten.

Nr. 18/1353

Bedingungen für effektiven Kinderschutz verbessern – Gesetzliche Fallobergrenze für die Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter des Jugendamtes jetzt einführen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 3. März 2015

(Drucksache [18/1764](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1354

Tierwohl – Haltungsbedingungen gemeinsam mit den Landwirten verbessern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. März 2015
(Drucksache [18/1773](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1355

Neuregelung der Erbschaftsteuer: Substanzuelle Verbesserungen durchsetzen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 24. März 2015
(Drucksache [18/1797](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1356

Die Reform der Erbschaftsteuer ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 21. April 2015
(Drucksache [18/1836](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet eine verfassungskonforme, zeit- und zielgerechte und im Aufkommen substanzuell positive Reform des Erbschaftsteuergesetzes. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in den kommenden Verhandlungen vor allem folgende Positionen zu vertreten:

1. Die Reform soll dazu führen, dass hohe Vermögen einen leistungsgerechten Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Damit soll auch einer wachsenden Vermögenskonzentration entgegengewirkt und die Realisierungsnachteile der Vermögensbildung durch Arbeitseinkommen teilausgeglichen werden. Bremen braucht die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer unter anderem, um weiter ausreichend in Kinderbetreuung und Bildung zu investieren.
2. Die Erbschaftsteuer muss auch wirtschaftspolitisch vernünftig ausgestaltet sein. Sie darf den Fortbestand von kleinen und mittleren Unternehmen nicht gefährden, soll Arbeitsplätze schützen, aber nicht großbetriebliche oder nichtbetriebliche Vermögen privilegieren. Verschonungsregeln für betriebliches Vermögen müssen restriktiv gefasst werden und sich am Ziel des Erhalts von Arbeitsplätzen orientieren. Dabei soll eine Verschonung von betrieblichen Vermögen auf kleine und mittlere Unternehmen beschränkt werden, sofern deren Existenz durch die Erbschaftsteuer gefährdet ist. Ausnahmen hiervon dürfen nur im begründeten Einzelfall und nachweislichen Gemeinwohlinteresse erfolgen.
3. Die Reform der Erbschaftsteuer muss erreichen, dass eine missbräuchliche Nutzung der Verschonungsregelungen weitestgehend ausgeschlossen wird.

Nr. 18/1357

Ganztagsschulentwicklung in Bremen und Bremerhaven bedarfsorientiert und zeitgleich gestalten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. November 2013
(Drucksache [18/1179](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1358

Ganztagschulentwicklung in Bremen und Bremerhaven bedarfsorientiert und zeitgleich gestalten

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Bildung
vom 13. April 2015
(Drucksache [18/1812](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Bildung Kenntnis.

Nr. 18/1359

Konzept zur Prävention von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen endlich umsetzen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Januar 2013
(Drucksache [18/726](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1360

Konzept zur Prävention von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen endlich umsetzen!

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend
vom 14. April 2015
(Drucksache [18/1821](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend Kenntnis.

Nr. 18/1361

Fachkräftemangel in der Altenpflege stoppen! Ausbildungsplatzanzahl erhöhen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Oktober 2014
(Drucksache [18/1580](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1362

Fachkräftemangel in der Altenpflege stoppen! Ausbildungsplatzanzahl erhöhen!

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend
vom 15. April 2015
(Drucksache [18/1823](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend Kenntnis.

